

Zwölftes Sitzung – Douzième séance

Mittwoch, 2. Oktober 1996

Mercredi 2 octobre 1996

08.25 h

Vorsitz – Présidence:

Leuba Jean-François (L, VD)/Stamm Judith (C, LU)

96.036

Fipoi. Darlehen an die Internationale Fernmeldeunion FIPOI. Prêt à l'Union internationale des télécommunications

Botschaft und Beschlussentwurf vom 15. Mai 1996 (BBI III 1)
Message et projet d'arrêté du 15 mai 1996 (FF III 1)

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Antrag Moser

Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag, eine Vorlage zu unterbreiten, welche ein kostengünstigeres und zweckmässigeres Verwaltungsgebäude für die Internationale Fernmeldeunion (ITU) zum Gegenstand hat.

Schriftliche Begründung

Nachdem ich in der Aussenpolitischen Kommission (APK) erfolglos die erwähnte Verwaltungsbau kritisiert habe, sehe ich mich gezwungen, heute Rückweisung zu beantragen. Die Mehrheit der APK war der Meinung, dass die sachliche Beurteilung der Bauten für internationale Organisationen Aufgabe der Kommission für öffentliche Bauten (KöB) sei. Nun hat sich die KöB für das Projekt positiv entschieden, allerdings mit dem Antrag, der Verpflichtungskredit sei um 6 Millionen Franken (Streichung von «Unvorhergesehenes» und «Teuerungsreserven») zu kürzen. Der KöB war es (wie auch bei früheren Projekten) gar nicht möglich, das Projekt auf die Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit gründlich zu untersuchen. Jedes Mal, wenn uns eine Vorlage für «Genfer Bauten» vorgelegt wurde, hiess es, man könne aus Zeitgründen nicht auf Änderungswünsche eintreten. Gebetsmühlenartig wird bei den «Genfer Bauten» immer und immer wieder darauf verwiesen, dass man Rücksicht auf den Standort Genf nehmen müsse und dass es sogar sehr gefährlich sei, durch die Kritik an den Bauten den Standort für internationale Organisationen zu verlieren.

Mit solchen Argumenten konnten die stets gleichen Jurymitglieder jahrelang in Genf Palastarchitektur fördern und honorierten. Hunderte von Millionen Steuerfranken wurden bis heute in die Standortstruktur von Genf investiert. Bis Ende 1995 hat die Fipoi bereits 726,5 Millionen Franken Darlehen von der Eidgenossenschaft bezogen. Praktisch nie wurden die Bauten unter Führung der Fipoi hinterfragt. Kleinkariertheit wird jedem Kritiker von den Genfer Lobbyisten unterstellt.

Das Bauwerk ITU bestätigt einmal mehr, dass die Jurymitglieder nicht viel aus der Vergangenheit gelernt haben. Es soll genauso wie in den Hochkonjunkturjahren gebaut werden; ein Verwaltungsvorzeigebau, der weder durch seine Wirtschaftlichkeit und schon gar nicht durch seine Zweck-

mässigkeit zu bestechen vermag. Die längst überforderte Fipoi ist nicht in der Lage, gegenüber den internationalen Organisationen eine vernünftige Bauvorgabe und einen zeitgemässen Standard zu postulieren. So soll dieses Gebäude eine vorgehängte Glasfassade als besonderes Merkmal für die Identität verpasst bekommen. Dass dabei jeder Arbeitsraum einzeln belüftet werden muss, kümmert die Künstler der Architektur nicht. Und noch weniger kümmert es jemaden, dass der Kubikmeterpreis für die Nutzfläche pro Mitarbeiter weit über dem eines Fünfsternhotels zu stehen kommt. Es sei zudem vermerkt, dass die ITU heute in Genf bereits eine sehr luxuriöse Baute mit drei Nebenbauten durch die Eidgenossenschaft (seit 1968) mit 39,5 Millionen Franken vorfinanziert hat. Sollte der projektierte ITU-Glaspalast in der vorgelegten Architektur realisiert werden, dann braucht es nicht viel Vorstellungsvermögen, um zu erahnen, dass nach Ablauf der vertraglich bestimmten fünfzig Jahre Rückzahlsfrist keine einzige Scheibe dieser Baute mehr auszumachen sein wird. Ich bin überzeugt, dass eine moderne und zeitgemässen Baute problemlos preisgünstiger erbaut werden kann. Dazu braucht es allerdings den Willen des Parlamentes und eine bessere Fachführung bei der Fipoi. Eine Projektüberarbeitung kann zugleich Signalwirkung auslösen, damit die ungebremste Lust internationaler Organisationen auf Luxusbauten in Genf etwas gebremst wird.

Proposition Moser

Renvoi au Conseil fédéral

avec le mandat de présenter un nouveau projet afin que les travaux d'extension du bâtiment administratif de l'UIT reviennent moins cher et soient plus adaptés.

Meyer Theo (S, BL), Berichterstatter: Immer wenn ein Geschäft der Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (Fipoi) auf die Tagesordnung kommt, sei es in der Aussenpolitischen Kommission oder im Rat, wird es sehr schnell emotional, manchmal auch unsachlich. Dies war auch diesmal beim neuen Verwaltungsgebäude der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) der Fall. Die internationale Telegraphenunion (seit 1934 Internationale Fernmeldeunion), 1865 in Paris gegründet, erhielt ihren Sitz 1868 in Bern. Wenn Sie vom Bundeshaus in Richtung Westen spazieren, sehen Sie im Park noch das Denkmal dieser Telegraphenunion.

1948 wurde der Sitz nach Genf verlegt, und die ITU erhielt über die Fipoi 1968 den Betrag von 20 Millionen Franken, 1986 nochmals 19,5 Millionen Franken und benötigt jetzt eine Erweiterung ihres Verwaltungsgebäudes, was angeichts der rasanten Entwicklung der Fernmeldetechnik ja fast zwangsläufig ist.

Die APK sprach sich positiv zur bundesrätlichen Vorlage aus, wie Sie aus ihrem Bericht entnehmen könnten. Hingegen war das Misstrauen gegenüber der Fipoi und ihrem Finanzgebaen unüberhörbar. Ebenfalls bestand der Eindruck, es werde bei den internationalen Organisationen in Genf immer noch mit der grossen Kelle angerichtet und von ökonomischen Auflagen habe man noch nie etwas gehört. Vor diesem Hintergrund war die KöB als Fachkommission gefordert.

Bevor ich unseren Antrag begründe, möchte ich Ihnen den Bau charakterisieren, dann werden Sie auch sehen, dass es keine Zumutung ist, Einsparungen zu verlangen.

Das Verwaltungsgebäude ist als achtstöckiges Gebäude vorgesehen. Dazu kommen zwei unterirdische Büro- und Archivgeschosse sowie vier Geschosse für das Parking. Das Erdgeschoss sowie die zwei sich darüber befindenden Geschosse haben nur eine Stützreihe in der Mitte als Unterteilung. Im dritten Obergeschoss liegt ein vollständig stützenfreies Geschoss – niemand weißt, warum –, und die nächsten drei Geschosse werden nicht abgestützt, sondern an der Decke aufgehängt, was mit einer geschossigen Konstruktion im obersten Stockwerk ermöglicht wird. Das ist zwar originell, macht aber genau das, was man – wie man im zweiten Semester des Statikunterrichts gelernt hat – nicht machen soll. Man soll die statischen Kräfte nicht «spazierenführen», sondern möglichst direkt zu den Fundamenten leiten.



Das zweite Problem des Baues: Das Gebäude ist rundum voll verglast. Damit man es aber normal benützen kann, ist ein beträchtlicher Aufwand nötig: Sonnenstoren, die elektrisch und automatisch auf- und zugehen, Heizungs-, Kühl- und Lüftungssysteme, die je nach Himmelsrichtung und Benützungsart der dahinterliegenden Räume unabhängig sein müssen. Dies alles kann man machen, aber erstens kostet es eine Stange Geld, und zweitens besteht die Gefahr, dass die Systeme störanfällig sind. Es gibt in Basel ein Beispiel einer «eingepackten» Fassade, die für die Betätigung der Lüftungsklappen gegen 200 Elektromotörchen braucht. Das letzte, was ich von diesem Bau gehört habe, ist, dass der berühmte Basler Architekt die Idee nur noch von aussen zeigt; er hat nämlich Hausverbot, weil das System nicht funktioniert.

Die KöB hat nun versucht, ihr Unbehagen an die Verantwortlichen weiterzugeben, und hat diesen zwei Möglichkeiten vorgeschlagen:

1. Rückweisung an den Bundesrat mit der Auflage, das Projekt müsse wie alle anderen neuen Bundesbauten durch die Kommission «Normen und Standards» geprüft und von ihr begleitet werden.

2. Reduktion um etwa 10 Millionen Franken als Ziel.

Der erste Vorschlag wurde von den Diplomaten, die verantwortlich sind, als unmöglich oder doch gefährlich erachtet: gefährlich in dem Sinne, als die Gefahr bestehe, dass die ITU dann tatsächlich nach Bonn oder sonstwohin ziehe. Wir haben dann auf der Basis der zweiten Variante weiterdiskutiert, sind von 55 auf 49 Millionen Franken gekommen und haben uns da geeinigt.

Konkret passiert folgendes: Es gibt keinen Teuerungsausgleich, es gibt keine Reserve für «Unvorhergesehenes» mehr, und der Betrag wird auf die nächste Million abgerundet; dies ist zumutbar. Ich meine, wenn die Bauherrschaft dem Architekten klarmacht, dass er sich durch Vereinfachungen wieder ein Reservepolster für «Unvorhergesehenes» erarbeiten muss, und zwar vor Baubeginn, dann – und nur dann – sind Konzeptänderungen nämlich sinnvoll; so erleidet die ITU keinerlei Nachteile. Eigentlich müsste sie uns sogar dankbar sein, weil diese Gelder ja wieder zurückbezahlt werden müssen.

Ich glaube, es ist dringend, dass die Fipoi ihre Einflussmöglichkeiten dieses Mal voll wahrnimmt. Zwei Bemerkungen machen mich da sehr hellhörig:

1. Die Position «Unvorhergesehenes» könne nicht gestrichen werden, weil sie schon bestimmte Nebenkosten beinhalte. Das ist jedoch kein Posten «Unvorhergesehenes» mehr, wenn man jetzt schon weiß, was man damit bezahlen will.

2. In einem Protokoll der Fipoi über das IAM – das ist das Gebäude des Flüchtlingskommissariates – steht der Satz: «Nous devons cependant être sincères en précisant que le comité de construction n'a jamais pu maîtriser les architectes comme il aurait fallu le faire.»

Ich hatte eigentlich auch im Falle des ITU-Gebäudes nicht den Eindruck, dass der Architekt unsere Kritik schon begriffen hätte. Möglicherweise war dies aber auch sprachlich bedingt. Diese Feststellungen zeigen eigentlich, dass das Missbehagen der APK, der KöB und von einzelnen unter Ihnen berechtigt ist und dass es dringend ist, die Struktur der Fipoi und die Entscheidungsabläufe zu untersuchen. Die KöB wird sich am 5. und 6. November 1996 nach Genf begeben.

Ich habe einen Fragebogen vorbereitet, der allen Beteiligten vorher zugestellt wird, um sicherzugehen, dass wir zum Thema reden und nicht über irgendwelche andere – vielleicht auch interessante – Dinge.

Der zweite Auftrag der APK betraf die Parkplätze. Es ist tatsächlich etwas merkwürdig, wie unterschiedlich das Parkplatzproblem in der Schweiz bewertet wird. So verlangten die städtischen Behörden bei der ETH Zürich, dass über hundert Parkplätze, die bestehen, zugeschüttet oder abgebrochen werden müssen, obwohl der neue Chemiebau Hunderte von neuen Arbeitsplätzen auf den Hönggerberg bringt.

In Genf hat aber jedes neue Projekt sein eigenes Parkhaus, wobei jeder Abstellplatz mindestens 30 000 Franken kostet.

Da die KöB nicht in der Lage war abzuschätzen, ob eine Baubewilligung ohne Tiefgarage möglich ist, haben wir der Fipoi den Auftrag gegeben abzuklären, ob durch eine andere Beirtschaftung der bestehenden Parkplätze auf eine Tiefgarage verzichtet werden könnte und welche Einsparungen dabei möglich wären.

In der Antwort, die ich seither erhalten habe, zeigt es sich aber, dass:

1. die Einsparungen bei einem Verzicht auf eine Tiefgarage relativ unbedeutend sind, weil die Fundamente ohnehin bis auf festen Grund getrieben werden müssten;
2. die 1080 Parkplätze des benachbarten «Parking des Nations» an 1144 Abonnenten ausgegeben worden sind, dass also keine Reserve vorhanden ist;
3. die Konferenzen der ITU oft Monate dauern; da die Hotels von Genf bekanntmassen nicht gerade billig sind, logieren die Leute jenseits der Grenze und sind dann auf ihr Auto angewiesen.

Aus all diesen Gründen verzichtet die KöB auf einen Antrag zum Parkingproblem. Das Problem muss aber in Genf in einem grösseren Rahmen noch einmal diskutiert werden.

Ich war etwas ausführlich, weil es mir darum ging, Nichtarchitekten klarzumachen, warum dieses Unbehagen der Fipoi gegenüber immer wieder auftritt. Unser Antrag war ein Schuss vor den Bug der Verantwortlichen und hat einen Wirbel ausgelöst. Offenbar ist man dies in Diplomatenkreisen nicht gewohnt. Da war ein böser Brief des Bakom an die Verantwortlichen des EDA, was uns da eigentlich einfalle, das sei doch alles schon bewilligt. Ich habe dem Direktor des Bakom ausrichten lassen, ein Parlament, das nur ja sagen dürfe, sei kein demokratisches Parlament. Da waren auch verschiedene Eingeständnisse vom Direktor der Fipoi bis zu den Verantwortlichen im EDA, von Architektur verstehe man halt nichts und es sei offenbar doch nötig, ein anderes Verfahren zu suchen.

Für mich akzentuiert diese Tatsache nur meine alte Frage: Wo ist denn eigentlich der architektonische Sachverständig bei der Fipoi?

Nun liegt noch der Rückweisungsantrag Moser vor. Wenn Sie mir zugehört haben, so ist Ihnen klargeworden, dass ich seine Kritik im wesentlichen teile – nicht unbedingt den Ton, aber doch die Substanz der Kritik. Wenn ich Ihnen im Namen der KöB trotzdem beantrage, den Rückweisungsantrag Moser abzulehnen, so nur, weil wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten wollen. Kurzfristig käme es den Bund billiger, wenn wir den Rückweisungsantrag unterstützen würden. Aber wir würden das Risiko laufen, dass die ITU so verärgert wäre, dass sie doch nach Bonn ausziehen würde. Das wäre weder im Interesse des Bundes noch im Interesse von Genf, und diese Verantwortung kann die KöB nicht auf sich nehmen.

Mit unserem Antrag verliert die ITU nichts, aber er zwingt die Verantwortlichen der Fipoi und des EDA zum Umdenken. Der nächste Bau muss anders «ablaufen» und anders überwacht werden. Ich bin überzeugt, dass ein Entscheid gemäss Antrag der KöB das notwendige Signal setzt und dass wir im November zu einer anderen Lösung über den Entscheidungsmechanismus kommen werden.

Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu den Anträgen der KöB und um Ablehnung des Rückweisungsantrages Moser.

Dupraz John (R, GE), rapporteur: Dans sa séance du 5 septembre 1996, la Commission des constructions publiques (CCP) a examiné le message concernant le financement d'un prêt à la Fondation des immeubles pour les organisations internationales (FIPOI) à Genève en vue de l'extension du siège de l'Union internationale des télécommunications (UIT).

A ce jour, quelque 800 personnes travaillent de façon permanente au sein de l'organisation. Actuellement, l'UIT est obligée de louer des locaux. C'est pourquoi en 1989, à la Conférence plénipotentiare de Nice, il a été décidé d'entamer des procédures en vue de la construction d'un nouveau bâtiment proche de ceux déjà existants. En 1992, un concours d'architecture a été lancé. Six candidats sur les 62 qui s'étaient pré-

sentés ont été retenus. Le programme de concours prévoyait l'édification d'un immeuble pouvant abriter des bureaux, la bibliothèque et les archives de l'UIT, la salle des ordinateurs, quelques bureaux à utilisation partagée pour les experts et le personnel hors siège de passage, ainsi que plusieurs salles de conférences ou de réunions. Lors de sa séance des 22 et 23 mars 1993, le jury a été unanime à placer le projet intitulé «Atmosphère» de l'atelier d'architecture Jean-Jacques Oberson au premier rang. Le coût total du bâtiment s'élève à 55 millions de francs. C'est le montant du prêt demandé dans le message.

La Commission de politique extérieure (CPE) a examiné cet objet dans sa séance du 12 août 1996. Par 18 voix contre 2, la commission a accueilli favorablement le projet du Conseil fédéral. Comme pour d'autres projets, la commission est convaincue du rôle international que joue Genève pour les questions de politique extérieure de notre pays. La CPE prie la CCP de prendre en compte les points suivants:

1. La Confédération devrait, lorsqu'elle finance des constructions, tenir compte des facteurs écologiques; est-ce qu'un parking est vraiment nécessaire?

2. Le calcul du renchérissement du coût de la vie, de 3 pour cent, fait l'objet de critiques; un prix fixe serait préférable.

Cet objet a suscité une longue discussion. Elle a porté essentiellement sur le coût et la justification du parking. M. Oberson, architecte, explique quant au parking que sa construction permet d'asseoir les fondations du bâtiment sur un sol stable. Le terrain étant de mauvaise qualité, il aurait fallu de toute façon construire des pieux fort chers pour assurer la stabilité du bâtiment. En fait, la différence du coût n'est pas très élevée pour un bâtiment de cette importance. Elle se monte à environ 1,4 million de francs. Afin d'éviter à l'avenir de telles discussions techniques, il serait préférable que, dès le départ, soient associés aux travaux, voire au jury, des représentants de l'Office des constructions fédérales, ainsi que des représentants du Département fédéral des finances.

Nous avons constaté qu'il n'était pas possible à la commission de modifier ce projet. Il n'y a que deux possibilités: accepter ou refuser le prêt demandé par le Conseil fédéral. Le refuser serait catastrophique pour le maintien à terme des organisations internationales en Suisse, à Genève en particulier. En effet, la concurrence est grande avec d'autres pays. Les villes comme Bonn, La Haye, Madrid, Vienne ou Montréal offrent souvent gratuitement des bâtiments et assurent encore certains frais de fonctionnement. Dans cette situation de concurrence accrue, la Suisse doit donc consentir à des sacrifices. Cependant, la commission a décidé, vu les difficultés financières de la Confédération, d'exiger un effort économique de la part de l'UIT.

Après avoir biffé les sommes prévues pour le renchérissement et la réserve de divers et imprévus, la commission vous propose, à l'unanimité, d'octroyer à la FIPOI un prêt de 49 millions de francs, sans intérêts, pour la construction de ce bâtiment de l'UIT à Genève. Nous vous recommandons donc d'accepter le crédit ramené à 49 millions de francs.

Cotti Flavio, conseiller fédéral: Je pourrais être très bref, car, du point de vue matériel, nous pouvons considérer toutes les propositions faites par la CCP comme acceptables. J'ai même noté avec beaucoup de plaisir qu'on pourra faire des économies de quelque 6 millions de francs. Par scrupule, je dois toutefois signaler que, si des éléments survenaient qui justifieraient une augmentation des coûts, on devra repasser devant le Parlement.

Je voudrais dire – je tiens également à partager entièrement à ce sujet ce qui a été dit par MM. les rapporteurs – que l'examen de la procédure d'approbation des crédits de ce genre, toujours très importants, doit finalement être fait. Car, je crois qu'au niveau parlementaire, la Commission de politique extérieure n'est certainement pas à même de procéder à des évaluations techniques. Son rôle est bien sûr de confirmer l'importance politique d'un projet. De même, au niveau du Gouvernement, le Département fédéral des affaires étrangères ne dispose simplement pas des instruments techniques pour évaluer la qualité d'un projet ainsi que ses aspects financiers.

Je pense donc que ce qui a été mentionné par les rapporteurs quant à la réévaluation des procédures me paraît absolument nécessaire. Nous ferons aussi cet examen des procédures au niveau du Gouvernement.

Pour le reste, l'importance de la Genève internationale et l'importance du projet présenté, donc son importance politique, ne sont pas remis en cause. Nous n'avons pas entendu quelque objection que ce soit. Notre avis concernant le rôle essentiel de la Genève internationale ne doit pas être réexpliqué aujourd'hui. Il fait partie des priorités de notre politique étrangère. Et c'est tout dire.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Moser	10 Stimmen
Dagegen	118 Stimmen

Bundesbeschluss über die Finanzierung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (Fipoi) in Genf zur Erweiterung des Sitzes der Internationalen Fernmeldeunion (ITU)

Arrêté fédéral concernant le financement d'un prêt à la Fondation des immeubles pour les organisations internationales (FIPOI) à Genève en vue de l'extension du siège de l'Union internationale des télécommunications (UIT)

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Es wird ein Verpflichtungskredit von 49 Millionen Franken

Art. 1

Proposition de la commission

Un crédit d'engagement de 49 millions de francs

Angenommen – Adopté

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Ausgabe	137 Stimmen
Dagegen	1 Stimme

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 0736)

Für Annahme des Entwurfs stimmen – Acceptent le projet:
Aeppli, Aguet, Alder, von Allmen, Banga, Baumann Alexan-



der, Baumann Ruedi, Baumberger, Bäumlin, Béguelin, Berberat, Bircher, Blaser, Blocher, Bonny, Borel, Bortoluzzi, Bosshard, Bühlmann, Carobbio, Cavadini Adriano, Chiffelle, Columberg, Comby, Couchepin, Deiss, Dettling, Dormann, Ducrot, Dupraz, Eberhard, Eggerszegi, Ehrler, Engelberger, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, von Felten, Filliez, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Friderici, Fritsch, Gadient, Gonseth, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Günter, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Haering Binder, Hämmerle, Hasler, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hilber, Hochreutener, Hollenstein, Hubmann, Imhof, Jans, Jeanprêtre, Jutzet, Kofmel, Kühne, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leu, Leuenberger, Loeb, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Mauret, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Theo, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Nebiker, Ostermann, Philippon, Randegger, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ryden, Sandoz Marcel, Schenk, Scheurer, Schlüter, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Semadeni, Simon, Speck, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiner, Straumann, Stucky, Teuscher, Thanei, Theiler, Thür, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vetterli, Vogel, Vollmer, Widmer, Wiederkehr, Wittenwiler, Zisyadis, Zwygart (132)

Dagegen stimmen – Rejettent le projet:

Borer, Dreher, Giezendanner, Gusset, Moser, Scherrer Werner, Steffen, Steinemann (8)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Raggenbass (1)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aregger, Bangerter, Baumann Stephanie, Bezzola, Binder, Bodenmann, Brunner Toni, Bührer, Caccia, Cavalli, Christen, de Dardel, David, Diener, Dünki, Durrer, Eggly, Engler, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Goll, Grendelmeier, Grob, Guisan, Hafner, Hubacher, Keller, Kunz, Ledigerber, Loretan Otto, Maspoli, Meier Samuel, Mühlmann, Oehrli, Pelli, Pidoux, Pini, Ratti, Rechsteiner Paul, Ruf, Ruffy, Sandoz Suzette, Scherrer Jürg, Spielmann, Steinegger, Strahm, Stump, Suter, Tschaepäti, Vermot, Weber Agnes, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wyss, Zapfli, Zbinden, Ziegler (58)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Leuba (1)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Ordnungsantrag

Motion d'ordre

Ordnungsantrag Tschopp

Behandlung des Geschäfts 91.419 in Kategorie III

Motion d'ordre Tschopp

Traitement de l'objet 91.419 en catégorie III

Tschopp Peter (R, GE): Permettez-moi de vous inviter à un bref examen de conscience matinale. Vous avez pu constater que l'expérimentation avec la catégorie I n'est pas nécessairement concluante. On nous a dit, de la part du Bureau, que cette catégorie I permettrait aux membres de ce Conseil qui en sont à leur première législature de se profiler. Je crois qu'il y a de meilleurs moyens de leur permettre de se profiler, par exemple en les nommant porte-parole des groupes, par exemple en leur confiant la tâche de rapporteur dans la commission, plutôt que, sur le fromage, sur les bâtiments civils ou, encore hier, sur les droits de l'enfant, de faire une joute oratoire interminable devant des rangées de sièges vides.

L'objet qui nous concerne ici est la ratification de la Charte sociale européenne. En principe, c'est un acte de politique extérieure, mais dans le sillage du livre blanc, de la position intransigeante de certains milieux, on en a fait la cheville ouvrière d'un procès de la sécurité sociale. Je crois qu'il est important que les groupes, de façon structurée, fassent un vrai débat. Je pense qu'il est utile de concentrer les points de vue, et pas de les diluer dans de longs débats.

Ich will Ihnen nicht vor dem «Redeglück» stehen; aber ich glaube, dass man so wichtige Anliegen wie die Diskussion um die soziale Sicherheit und die Diskussion über die Sozialcharta auch zerreden kann. Das kann nicht der Zweck der Übung sein.

Si vous voulez vraiment discuter ouvertement – et ça c'est une proposition, Monsieur le Président, de compromis que je me permets de faire –, on pourrait, à la rigueur, traiter l'entrée en matière en catégorie I, mais se concentrer vraiment en catégorie III sur les aspects techniques de la Charte sociale européenne elle-même.

Si vous me permettez cet amendement de dernière minute, Monsieur le Président, je retire ma première proposition au profit d'une entrée en matière en catégorie I et du traitement de la Charte sociale européenne en catégorie III.

Le président: M. Tschopp propose maintenant de rester à la catégorie I pour l'entrée en matière et de passer en catégorie III pour l'examen de détail.

Je vous signale que le Bureau a préavisé négativement, par 9 voix contre 2, mais c'était sur la première version de la motion d'ordre Tschopp. Le Bureau n'a pas pris position sur la nouvelle proposition Tschopp.

Abstimmung – Vote

Für den modifizierten Ordnungsantrag Tschopp 98 Stimmen
Dagegen 35 Stimmen

95.059

Nutzbarmachung der Wasserkräfte. Bundesgesetz. Teilrevision

Utilisation des forces hydrauliques. Loi fédérale. Révision partielle

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 1082 hiervor – Voir page 1082 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 19. September 1996
Décision du Conseil des Etats du 19 septembre 1996

Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte

Loi fédérale sur l'utilisation des forces hydrauliques

Borel François (S, NE), rapporteur: Je voudrais tout d'abord excuser le rapporteur de langue allemande, M. Durrer, qui, à la suite d'un accident dont on espère que les conséquences ne seront pas trop importantes, est absent ce matin.

Votre commission a examiné deux divergences qui nous venaient encore du Conseil des Etats. Une première divergence concerne les articles 24 à 27, navigation fluviale. Dans ce domaine, votre commission a modifié sa décision initiale et espère que cette modification puisse recevoir l'accord du Conseil des Etats, ce qui permettrait de régler les divergences encore cette session.

Pour la deuxième divergence, à l'article 49, qui concerne les petites centrales hydrauliques, nous nous sommes ralliés à la décision du Conseil des Etats.

Je me permettrai, Monsieur le Président, de développer les arguments de la majorité de la commission concernant les

Fipoi. Darlehen an die Internationale Fernmeldeunion

FIPOI. Prêt à l'Union internationale des télécommunications

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1996
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	96.036
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.10.1996 - 08:25
Date	
Data	
Seite	1723-1726
Page	
Pagina	
Ref. No	20 040 913